

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Abgeordneten David Ellensohn (GRÜNE), Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE), Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE) und Georg Prack, BA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung für den Landtag am 23.01.2024.

Wien braucht ein Grundverkehrsgesetz zum Schutz vor Grundstücksspekulation

Wien ist das einzige österreichische Bundesland, in dem landwirtschaftliche Flächen nahezu ohne Auflagen an- und verkauft werden dürfen. Anderswo soll die Nutzung der Grundflächen für die weitere landwirtschaftliche Nutzung sichergestellt werden, in Wien treten als Käufer:innen kaum noch Landwirtschaftstreibende auf, sondern Private oder Gesellschaften, die auf hohe Gewinne durch künftige Umwidmungen in Bauland spekulieren.

Der Wiener Landtag beschloss am 27.11.2014 eine Änderung des Wiener Weinbaugesetzes 1995, das vorsieht, dass Weinbaugrundstücke, die in Gebieten mit „Sww“- , „SwwL“- oder „L“-Widmung liegen, von den Bewirtschafter:innen auch weinbaulich genutzt werden müssen (LGBI. für Wien Nr. 52/2014). Dieser wesentliche Schritt hat dazu beigetragen, dass Weingärten in Wien weiter bestehen und nicht gerodet und mit teuren Eigentums-Wohnanlagen oder Luxusvillen verbaut wurden.

Bei "normalen" landwirtschaftlich genutzten Grundflächen ist der Verwertungsdruck in den letzten Jahren hoch, es häufen sich die Berichte über den Verkauf ganzer Felder zu Phantasiepreisen, sogar in Gegenden, z.B. im 22. Bezirk, die nicht als Zielgebiete der Stadtentwicklung ausgewiesen sind.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, dass rasch Maßnahmen zur Eindämmung von spekulativen Käufen landwirtschaftlicher Flächen durch Private oder Bauträger gesetzt werden - ähnlich wie es sie in anderen Bundesländern für die Agrarflächen dort in den betreffenden Grundverkehrsbestimmungen bereits gibt.

Der Wiener Landtag ersucht die zuständigen Mitglieder der Wiener Landesregierung, den Entwurf eines dementsprechenden Wiener Grundverkehrsgesetzes, mit dem agrarisch genutzte Grundflächen geschützt werden und eine geordnete Raumplanung und Stadtentwicklung sichergestellt wird, ausarbeiten zu lassen und den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 23.1.2024

